

Broschüre Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten (Juli 1944)

Legende: Im Juli 1944 untersucht eine Broschüre mit dem Titel Die Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten die Stellung Deutschlands bei der Neuordnung Europas nach dem Krieg und zeigt einen Weg zur Schaffung einer Föderation der europäischen Staaten auf. Willy Brandt ist vermutlich Koautor dieses Textes, der in Stockholm ohne Angabe des Verfassers erschien.

Quelle: Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten. Stockholm: Arbetarnes Tryckeri, 1944. 64 S. (Sozialistische Schriftenreihe). p. 35-38.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten. Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/broschure_zur_nachkriegspolitik_der_deutschen_sozialisten_juli_1944-de-ad4451ba-284c-452e-af85-b7a9968d966e.html

Publication date: 03/07/2013

Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten

[...]

Europäische Föderation und neuer Völkerbund.

Es ist ein erklärtes Ziel der Vereinten Nationen, nach diesem Kriege eine internationale Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen. Dieses Ziel deckt sich völlig mit dem der deutschen Demokraten. Wir halten es auch für gegeben und nützlich, dass man bei der Herausbildung eines neuen Völkerbundes anknüpft an die bereits während des Krieges geschaffenen Zusammenarbeitsorgane, sind aber zugleich der Meinung, dass so bald wie möglich eine Erweiterung des Rahmens der Vereinten Nationen durch Einbeziehung sowohl der Neutralen wie der Besiegten vorgenommen werden muss. Weiter halten wir es im Interesse des europäischen Wiederaufbaus und der Demokratisierung der besiegten Länder für notwendig, die Periode zwischen Waffenstillstand und Friedenskonferenz möglichst zu verkürzen.

Wertvolle und teuer erkaufte Erfahrungen aus der Arbeit des alten Völkerbundes stehen zur Verfügung. Sie laufen vor allem darauf hinaus, dass es neben einer effektiven internationalen Organisation keine Neutralität geben kann und dass die einzelnen Staaten bereit sein müssen, auf einen Teil ihrer Souveränität zugunsten der gemeinsamen Sicherheit zu verzichten. Das neue Deutschland muss seine unbedingte Bereitschaft erklären, auf der Basis dieser Erkenntnis an der Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation mitzuwirken. Es muss sich verpflichten, an der Ausarbeitung eines vollständigeren Völkerrechts teilzunehmen, sich bei zwischenstaatlichen Zwistigkeiten den Entscheidungen überstaatlicher Schiedsgerichte zu unterwerfen, Sanktionen gegenüber Friedensstörern im Rahmen vorhandener Machtmittel zu unterstützen.

Vieles spricht dafür, dass ein neuer Völkerbund auf Grund vorhandener Interessengegensätze zwischen den Großmächten nicht so eng und effektiv gestaltet werden kann, wie es den objektiven Notwendigkeiten entspräche. Teilfragen werden wahrscheinlich weitgehend durch Institutionen, die auf einem funktionellen Prinzip basieren, in Angriff genommen werden. Dagegen ist vom demokratischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Zugleich wird jedoch das Problem der regionalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit viel stärkere Aufmerksamkeit erheischen, als es Illusionisten in bezug auf die Möglichkeiten der baldigen Schaffung einer Weltunion wahrhaben wollen.

Uns interessiert hierbei vor allem die Frage der europäischen Zusammenarbeit. Wir betrachten sie nicht als gegensätzlich zum Problem der Schaffung eines weltumfassenden kollektiven Sicherheitssystems, sondern als eine wesentliche Teillösung. Tatsache ist, dass Europa bis in die Gegenwart Hauptherd kriegerischer Verwicklungen geblieben ist. Tatsache ist weiter, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die Zerstückelung des europäischen Kontinents gehemmt und gestört wird. Historische nationale Gegensätze und der Egoismus der bislang herrschenden Klassen haben einem wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas entgegengestanden.

Zu diesen Widerständen ist nun ein neuer gekommen. Hitlers Gangsterpolitik des „neuen Europas“ hat den Gedanken einer gesamteuropäischen Lösung schwer kompromittiert. Der Hass gegen alles Deutsche steht der Einordnung Deutschlands in ein wirklich neues Europa im Wege. Ohne Deutschland ist aber keine gesamteuropäische Lösung denkbar. Wir halten jedoch die erwähnten Gegenkräfte für so ernst, dass wir unmittelbar nach dem Kriege wahrscheinlich nicht mit einer Verwirklichung eines europäischen Föderationsprogramms rechnen können. Nichtsdestoweniger ist dieses Programm richtig. Es ist darum notwendig, dass die neue deutsche Regierung zielbewusst für seine Durchsetzung eintritt. Vor allem muss auch immer wieder betont werden, dass die Gefahr einer deutschen Vormachtstellung gegenüber den Nachbarvölkern in einer europäischen Föderation nicht größer, sondern im Gegenteil viel geringer ist als in einem zersplitterten Europa.

Regionale Teillösungen brauchen kein Hindernis für die Erreichung des höheren Zieles einer gesamteuropäischen Föderation zu sein. Die bisherigen Erfahrungen besagen jedoch, dass die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Teilföderationen ebenso groß sind wie bei der Inangriffnahme des

Gesamtproblems. Völlige Klarheit muss darüber herrschen, dass eine europäische Föderation weder in Frontstellung gegen die Sowjetunion noch gegen England geschaffen werden kann. Wie bereits durch den russisch-tschechoslowakischen Pakt von Dezember 1943 zum Ausdruck gebracht worden ist, werden die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Länder zumindest in Fragen der Außenpolitik stark auf die Sowjetunion angewiesen sein. Eine entsprechende Bindung an England liegt bei den kleineren west- und nordeuropäischen Demokratien vor.

Man sollte sich jedoch auch vor Augen halten, dass nach Abschluss des Krieges zwar die Hauptpartner unter den Vereinten Nationen das entscheidende Wort in Europa sprechen, dass dann aber auch andere Kräfte auftreten und ihren Anspruch auf Mitentscheidung geltend machen werden. In Deutschland wird die revolutionäre Entwicklung hoffentlich in der Lage sein, Schritt für Schritt jene Faktoren zu beseitigen, die Hauptgrund des Misstrauens der Nachbarvölker sind. In Frankreich besteht die grosse Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung zu einem Volksfrontregime erheblich radikalerer Art als 1936-38. In Italien werden die demokratischen Kräfte und vor allem die der Arbeiterbewegung sich freier entfalten. In Spanien wird es Franco nicht möglich sein, sich im Sattel zu halten, falls die Entwicklung in Frankreich in die erwartete Richtung geht und im übrigen ein radikaler Wind über Europa weht. In Holland und Belgien, in Dänemark und Norwegen werden Sozialisten und radikale Demokraten, die während des Freiheitskampfes unter der Okkupation eine maßgebliche Rolle gespielt haben, ihren Führungsanspruch anmelden. In Österreich gibt es kein Zurück zu Dollfuss, in Ungarn wird es nicht mehr möglich sein, den Durchbruch einer ernsthaft demokratischen Revolution zu verhindern. Die Partisanenbewegung auf dem Balkan zeigt an, dass man dort zumindest mit der Ablösung der reaktionären Diktaturregime der Vorkriegszeit durch fortschrittlichere Regierungen rechnen kann.

Wir meinen, dass durch die überwiegende Tendenz einer radikal-demokratischen Entwicklung mit mehr oder minder starken sozialistischen Tendenzen erheblich günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung zur europäischen Föderation geschaffen werden, als sie im Vorkriegseuropa vorhanden waren. Der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland messen wir ausschlaggebende Bedeutung bei. Für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit auf Italien dürften auch relativ günstige Voraussetzungen bestehen.

In wirtschaftlicher Beziehung ist es entscheidend, ob es gelingt, Südosteuropa in den Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzubeziehen. Diese Frage ist vor allem davon abhängig, welche Haltung die Sowjetunion gegenüber der Entwicklung zu einer europäischen Föderation einnehmen wird. Die Sowjetunion hat zu regionalen Teillösungen einen negativen Standpunkt bezogen, und zwar mit der Begründung, dass solche Föderationen den Charakter von gegen die Sowjetunion gerichteten Bündnissen erhalten könnten. Zugleich hat man von russischer Seite betont, dass man bereit sei, die Fragen im Lichte der nach Kriegsende vorliegenden Verhältnisse einer neuen Prüfung zu unterziehen. So wie wir die Entwicklung sehen, dürfte es nicht schwer fallen, überzeugende Beweise dafür zu erbringen, dass eine im Sinne der Arbeiterbewegung und der radikalen Demokratie betriebene Föderalisierung Europas keine gegen die Sowjetunion gerichtete Spitze erhält.

Weder die Sowjetunion noch Großbritannien sind ausschließlich europäische Mächte. Wir betrachten es jedoch als eine Selbstverständlichkeit, dass eine gesamteuropäische Lösung ohne Russland und England nicht möglich ist. Eine Einbeziehung der Vereinigten Staaten in eine europäische Föderation ist aus geografischen Gründen gegenstandslos. Wir betonen aber ausdrücklich die große Bedeutung einer möglichst engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kräften der amerikanischen Demokratie.

Als Sozialisten haben wir ein besonderes Interesse daran, mit der Sowjetunion in engen, freundschaftlichen Beziehungen zu stehen. Solche Beziehungen sind eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Zukunft des deutschen Volkes und für die Stabilisierung des Friedens in Europa.

[...]